

Pressestelle des Senats

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 8

vom 6. März 2009
Redaktion: Katja Richardt

Bund und Europa

856. Sitzung des Bundesrates.....	3
Treffen am Rande des Europäischen Gipfels	5

Norddeutsche Zusammenarbeit

Konferenz norddeutscher Länder in Hamburg	6
Regierungschefs verabreden norddeutsche Hafenkooperation	9
Prüfung weiterer Kooperationen zwischen Hamburg und Berlin vereinbart.....	12

Finanzen

Tarifabschluss wird auch für Beamtinnen und Beamte übernommen	13
Positives Ergebnis für BKSM nach Verabschiedung des Doppelhaushalts 2009 / 2010	14

Familie und Soziales

Hier wird Familienfreundlichkeit groß geschrieben	16
Prostitution: Gegen Stigmatisierung und für Ausstiegshilfen.....	19

Schule, Jugend und Berufsbildung

Migranten für den Lehrerberuf begeistert	20
Mehr Praxis in der Lehrerbildung.....	22

Wissenschaft und Forschung

Hamburger Logistikpreis für zwei Absolventinnen der Uni Hamburg.....	23
--	----

Stadtentwicklung und Verkehr

Senat unterrichtet über Sachstand zum A 7-Deckel	25
--	----

Umwelt

Zum ersten Mal - Gänsetage auf Neuwerk	27
Klimaschonendes Holzheizkraftwerk eröffnet	29
Earth Hour – Hamburg löscht eine Stunde das Licht	31

Kultur

Orte jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Hamburg	32
Einsturz des Stadtarchivs Köln - Kulturgutverlust von europäischer Bedeutung auch für die Hansegeschichte	34

Auszeichnungen

Senator Dr. Michael Freytag zeichnet Inge Schulz und Wolfgang Müller mit dem Bundesverdienstkreuz aus	36
--	----

Personen

Wechsel auf der Führungsebene der Behörde für Kultur, Sport und Medien	37
--	----

Zur Information

Terminkalender	39
----------------------	----

Pressestelle des Senats

5. März 2009/PR05b

An der 856. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 6. März 2009, nehmen Bürgermeister Ole von Beust und Senator Christoph Ahlhaus teil.

Die Tagesordnung des Bundesrates umfasst 69 Punkte.

Straßenmarkierungen gegen den Schilderwald

Der Bundesrat wird voraussichtlich einstimmig die Hamburger Bundesratsinitiative beschließen, mit klaren, eindeutigen Straßenmarkierungen den Schilderwald zu lichten. Hamburg plant, im Rahmen eines deutschlandweit ersten Modellversuchs eine Vielzahl von Halte- und Parkverbotsschildern durch gelbe Straßenmarkierungen am Fahrbahnrand zu ersetzen. Das zuständige Bundesverkehrsministerium wird beauftragt, eine Verordnung zu erlassen, damit der bis Ende 2013 geplante Hamburger Modellversuch schnellstmöglich starten kann.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Hamburg setzt sein Engagement für mehr Verkehrssicherheit und ein attraktiveres Stadtbild durch weniger Verkehrsschilder unvermindert fort. Die Hamburger Erfolge können sich sehen lassen und haben Vorbildcharakter für ganz Deutschland. Da setzen wir auch mit unserem Pilotprojekt an. Durch die gelben Fahrbahnmarkierungen entfallen viele Schilder, die für den Verkehrsfluss keine Bedeutung haben. Der Straßenverkehr wird deutlich übersichtlicher und damit sicherer.“

Hamburg unterstützt intelligente Verkehrssysteme

Der Bundesrat berät auch über einen Richtlinienvorschlag der EU, der den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien im Straßenverkehr fördert. Diese so genannten intelligenten Verkehrssysteme sollen Verkehrsfluss, Sicherheit und Umweltfreundlichkeit steigern. Auch die Schnittstellen zu anderen Verkehrsmitteln, wie Eisenbahn und Schiff, werden dadurch verbessert. Der Richtlinienvorschlag schafft die Voraussetzungen dafür, die intelligenten Verkehrssysteme in den EU-Staaten besser aufeinander abzustimmen und weiterzuentwickeln.

Hamburg unterstützt dieses Vorhaben. Intelligente Verkehrssysteme helfen dabei, unsere Verkehrsinfrastruktur noch effizienter zu nutzen. Als Hafenstadt lebt Hamburg nicht zuletzt von internationalen Verkehren, die weiter zunehmen werden. Dafür ist ein europäischer Rechtsrahmen sinnvoll.

Hamburg setzt sich für den Kinderschutz ein

Dem Bundesrat liegt der Entwurf eines Kinderschutzgesetzes zur Beratung vor. Nach den in den vergangenen Jahren bekannt gewordenen schweren Fällen von Kindesmisshandlungen und

-vernachlässigungen haben Bund, Länder und Kommunen auf Bundes- und Landesebene große Anstrengungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unternommen.

Die weitere Verbesserung des Kinderschutzes ist ein großes Anliegen Hamburgs. Durch die unter Einhaltung von Datenschutzgesichtspunkten geschaffenen Möglichkeiten zum Informationsaustausch wird die Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gefördert. Eine mögliche Kindeswohlgefährdung kann frühzeitig erkannt und entsprechend interveniert werden.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer,

Koordinierung Bundesrat,

Presse

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>

5. März 2009/pr05

Staatsrat Carsten Lüdemann mit Bürgermeister der Partnerstadt Prag zusammengetroffen

Treffen am Rande des Europäischen Gipfels der Städte und Regionen unter tschechischer Ratspräsidentschaft

Am heutigen Donnerstag ist der Bevollmächtigte für auswärtige Angelegenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg, Staatsrat **Carsten Lüdemann**, mit dem Bürgermeister der Partnerstadt Prag, **Pavel Bém**, zusammengetroffen. Bei dem Treffen waren auch Vertreter der anderen Partnerstädte Prags zugegen. Prag unterhält Städtepartnerschaften mit St. Petersburg und Chicago – mit denen auch Hamburg partnerschaftlich verbunden ist – sowie unter anderem mit Paris, Moskau, Berlin, Kyoto und Taipei. Das Treffen fand am Rande des Europäischen Gipfels der Städte und Regionen statt, bei dem heute und morgen etwa 500 gewählte Vertreter aus über 250 Regionen und Städten auf Einladung des Ausschusses der Regionen und der Stadt Prag zusammenkommen.

Anfang kommender Woche wird Staatsrat Lüdemann den Bundesrat bei der Konferenz der Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse der nationalen Parlamente (Conference of Foreign Affairs Committee Chairpersons, kurz: COFACC) vertreten. Die Vertreter der auswärtigen Ausschüsse der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union treffen sich traditionell am Sitz des nationalen Parlaments, dessen Land die Ratspräsidentschaft innehat. Die Tschechische Republik hat die Präsidentschaft im Januar 2009 für die Dauer von sechs Monaten übernommen.

Rückfragen:

Pressestelle des Senats, Dr. Alexander von Vogel
Telefon: (040) 4 28 31 – 2178, Fax : (040) 4 28 31 – 2814,
E-Mail: alexander.vonvogel@sk.hamburg.de

Pressestelle des Senats



Freie Hansestadt
Bremen



Freie und Hansestadt
Hamburg



Mecklenburg-
Vorpommern



Niedersachsen



Schleswig-
Holstein

5. März 2009/pr05

Norddeutsche Zusammenarbeit:

Konferenz norddeutscher Länder in Hamburg

Das diesjährige Treffen der norddeutschen Regierungschefs stand ganz unter dem Motto: „Gemeinsam sind wir stärker“!

Die Ministerpräsidenten haben Verabredungen zum strategischen Ausbau gemeinsamer Standortstärken in den Bereichen Wissenschaft und Forschung sowie zu den Themen Erneuerbare Energien und Klimaschutz getroffen.

Die Regierungschefs beabsichtigen, durch Hochschulkooperationen in Lehre und Forschung Expertise und Ressourcen mittels Profil- und Schwerpunktbildung zu bündeln. Ziel ist die Schaffung exzellenter Forschungszentren von überregionaler Bedeutung auch mit Blick auf erfolgreiche und wettbewerbsstarke Hochschul- und Forschungsregionen in unmittelbarer Nachbarschaft Norddeutschlands, wie beispielsweise der Öresundregion.

Darüber hinaus haben die Ministerpräsidenten eine Erklärung zur Norddeutschen Zusammen-arbeit im Bereich Energiepolitik und Klimaschutz verabschiedet.

Norddeutschland soll, das ist erklärtes Ziel, Vorreiter in Klimaschutzfragen und Modellregion beim Einsatz erneuerbarer Energien sowie bei der Entwicklung neuer Technologien zu mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit werden. Durch den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien insbesondere in den Bereichen Off-Shore-Windenergie, Windenergie und Biomasse können, so der Vorsitzende der Konferenz Norddeutschland und Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust, in Norddeutschland überdurchschnittliche

Anteile erreicht, die Abhängigkeit von Importen der fossilen Primärenergieträger reduziert und damit ein Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet werden.

„Die norddeutschen Länder haben unterschiedliche Schwerpunkte und Kompetenzen bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Einstieg in die Nutzung dieser innovativen Energiedienstleistungen könnte ein länderübergreifendes virtuelles Kraftwerk sein, das durch die Kombination verschiedener Arten Erneuerbarer Energien die Stromproduktion verstetigt und damit veredelt“, stellte der Erste Bürgermeister fest.

Gerade jetzt in Zeiten der Wirtschaftskrise ist es wichtig, dass die Ministerpräsidenten in ihren regelmäßigen Gesprächen mit Bundesminister Tiefensee im Mai diesen Jahres erneut ihren Standpunkt deutlich machen, dass national ein Investitionsschwerpunkt auf die Verbesserung der Seehafenhinterlandanbindungen im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland gelegt werden muss. Dabei sind, so der Erste Bürgermeister Hamburgs Ole von Beust, bereits Erfolge zu verzeichnen wie die grundsätzliche politische Verankerung des Themas Seehafenhinterlandanbindungen bei der Bundesregierung, die Ausbringung einer ebensolchen Kategorie in den Bundesverkehrswegeplan 2003 und die Berücksichtigung der Bedarfe im Rahmen des Masterplanes Güterverkehr und Logistik.

„Die Häfen zählen zu den Entwicklungsmotoren der Wirtschaft in allen norddeutschen Ländern. Der Güterumschlag in den Häfen wird nach Ende der Wirtschaftskrise wieder rapide ansteigen. Zudem gewinnen die Häfen zunehmend als attraktive Industriestandorte an Bedeutung. Wir sind uns deshalb einig, dass Hafeninfrastruktur und Hinterlandanbindungen weiter verbessert werden müssen“, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering.

Die Regierungschefs haben sich zudem auf eine erweiterte gemeinsame Prioritätenliste aktuell und überregional bedeutsamer Verkehrsinfrastrukturprojekte in Norddeutschland verständigt, wie beispielsweise Maßnahmen zur Entlastung der Schienenknoten Bremens, Hamburgs und Hannovers. Sie sind sich einig, dass auch diese Maßnahmen als prioritär in einer Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung verankert bzw. nach Möglichkeit schon im Rahmen des noch geltenden Bundesverkehrswegeplans realisiert werden sollten.

„Eine feste Fehmarnbelt-Querung wird ganz Nordeuropa – von Oslo, Stockholm über die Öresundregion/Kopenhagen, Schleswig-Holstein und Hamburg bis weiter nach Niedersachsen und Bremen - in einer neuen Qualität miteinander verbinden. Dies wird

langfristig neue Chancen für großregionale Kooperationsbündnisse im Sinne einer „Meta-Region“ in diesem Raum ermöglichen“, sagte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

Schließlich erörterten die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder die Umsetzung des Konjunkturpakets II auf Landesebene und tauschten sich zu spezifischen konjunktur- und wachstumspolitischen Maßnahmen aus.

„Angesichts der schwierigen Lage muss es nun darum gehen, die Wirtschaft in eine gute Ausgangsposition für den nächsten Aufschwung zu bringen. Die globale Wettbewerbsfähigkeit wird das entscheidende Kriterium für Wachstum und Beschäftigung sein. Die norddeutschen Länder bieten mit ihren Häfen und Hinterlandanbindungen den Marktzugang für ganz Deutschland. Leistungsfähige Infrastruktur und funktionierende Verkehrswege sind die Grundlage“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff.

Die Regierungschefs der norddeutschen Länder begrüßten zudem die Bereitschaft des Bundes, zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 380 Mio. EUR für den intensivierten Küstenschutz in den Jahren 2009 bis 2025 vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels und damit einhergehender zusätzlicher Aufwendungen der Länder bereitzustellen. Dieses Ergebnis stehe stellvertretend für gemeinsame erfolgreiche Initiativen der „Nordländer“ gegenüber dem Bund, betonte Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen.

Auch in diesem Jahr schloss sich der Konferenz der norddeutschen Länder ein Gespräch der Regierungschefs mit dem Unternehmerkuratorium Nord (Industrie- und Handelskammern und Unternehmerverbände Norddeutschland) zu aktuellen Fragestellungen wie der Bedeutung der deutschen Seehäfen für den Außenhandel und ihre Hinterlandanbindungen sowie der aktuellen Lage angemessene wirtschaftspolitische Maßnahmen für den Unternehmensstandort Nord-deutschland an. „Der regelmäßige Austausch von Politik und Wirtschaft über Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch über sinnvolle Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass Norddeutschland an einem Strang zieht – eine Stärke nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“ so **Frank Horch**, Präses der Handelskammer Hamburg und Vorsitzender des Unternehmer-Kuratoriums Nord.

Pressestelle des Senats



Freie Hansestadt Bremen - Der Senat

Senatskanzlei

Seaports of Germany: Regierungschefs 06.03.2009
verabreden norddeutsche Hafenkooperation / 09 03 06 2
Deutsche Bucht



Freie Hansestadt
Bremen



Freie und Hansestadt
Hamburg



Niedersachsen

Die deutschen Seehäfen Bremen, Hamburg und in Niedersachsen können ihre herausragende Wettbewerbsposition nur halten, wenn sie in der Lage sind, auch die Schiffe zukünftiger Generationen mit modernsten Umschlaganlagen, adäquaten Zufahrten und effizienter Hafeninfrastruktur abzufertigen. In einem Gespräch verabredeten deshalb die Regierungschefs Bürgermeister Jens Böhrnsen, Ministerpräsident Christian Wulff und Erster Bürgermeister Ole von Beust heute (6.3.09) in Berlin, einen umfassenden Maßnahmenkatalog auf gemeinsamen Handlungs- und Kommunikationsfeldern.

Die deutschen Seehäfen stehen vor großen Herausforderungen. Die herausragende Stellung Deutschlands in der Logistik wird durch ein hoch leistungsfähiges System von See- und Binnenhäfen in Verbindung mit guten wasser- und landseitigen Anbindungen, wettbewerbsförderlichen ordnungs- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen und hoch entwickeltem logistischen Know-how ermöglicht.

Die Seehäfen der Länder Bremen, Hamburg und Niedersachsen sind nicht nur Schnittstellen des Land- und Seeverkehrs in Deutschland, sondern auch Industriestandorte und maritime Dienstleistungszentren mit großer regional- und volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Die fundamentalen Voraussetzungen für die weitere Zunahme des Seeverkehrs haben sich trotz der Konjunkturkrise nicht geändert. Die Globalisierung mit ihrer weltweiten Arbeitsteilung wird sich fortsetzen. Daher sollten Hafenwirtschaft, Bund und Küstenländer gemeinsam die gegenwärtige Wachstumspause nutzen, um Umschlagkapazitäten und Seehafenanbindungen bedarfsgerecht auszubauen.

Nur wenn die Engpässe im Hinterlandverkehr beseitigt werden, können die deutschen Seehäfen ihre Wachstums und Beschäftigungschancen nutzen. Ministerpräsident Wulff betont deshalb das gemeinsame Interesse an einer abgestimmten Hafenpolitik, als Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg der deutschen Seehäfen. Daran haben Bund und Länder ein gemeinsames herausragendes Interesse.

Bürgermeister Jens Böhrnsen: „Die starke Rolle Deutschlands im Welthandel ist untrennbar mit der Leistungsfähigkeit der Seehäfen verbunden. Ohne sie wäre Deutschland nicht Export-Weltmeister und keiner der größten Kunden des Weltmarktes. Von der Leistung der Häfen profitiert ganz Deutschland mit einer Vielzahl von komplementären Industrie- und Dienstleistungsbereichen, die in allen Regionen und Wirtschaftssektoren angesiedelt sind.“

„Die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft darf nicht dazu führen, dass wir auf nötige Investitionen im Bereich Hafeninfrastruktur verzichten, im Gegenteil: Wir müssen jetzt Schwung holen, um nach Ende der Krise gestärkt unsere Position im internationalen Handel ausbauen zu können“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust.

Die europäische- und weltwirtschaftliche Bedeutung der Seehäfen wird dadurch deutlich, dass ein großer Anteil des Außenhandels der europäischen Nachbarn über die Seehäfen Bremens, Hamburgs und Niedersachsens abgewickelt wird. Damit erfüllen sie eine wichtige Gateway- und Transitfunktion innerhalb der zentraleuropäischen Verkehrsdrehscheibe Deutschland. Zudem entwickeln sich die Seehäfen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung immer mehr zu modernen Distributions- und Logistikzentren. Diese Funktionen können die Häfen nur erfüllen, wenn sie bedarfsgerecht innerhalb des transeuropäischen Verkehrsnetzes eingebunden werden.

Bremen, Hamburg und Niedersachsen bringen derzeit Beträge in Milliardenhöhe auf, um die Leistungsfähigkeit der Seehäfen durch Investitionen in Infrastruktur und Suprastruktur zu optimieren. Die positiven fiskalischen Effekte fallen jedoch größtenteils dem Bund zu.

Mit dem heutigen Gesprächsauftritt soll vor allem die geschlossene Haltung und der Wille zu einer aktiven Kooperation im Rahmen der Seehafenpolitik mit dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsposition aller norddeutschen Hafenstandorte unterstrichen werden. Insbesondere verständigten sich die Ministerpräsidenten darauf, bei Stellungnahmen der Länder zum „Nationalen Hafenkonzept“ möglichst eine abgestimmte Haltung zu vertreten.

6. März 2009/pr06

Prüfung weiterer Kooperationen zwischen Hamburg und Berlin vereinbart

Der Erste Bürgermeister Hamburgs, Ole von Beust, und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, trafen sich heute im Berliner Rathaus zu einem Gespräch, an dem auch der Chef der Senatskanzlei Hamburg, Dr. Volkmar Schön, und die Chefin der Senatskanzlei Berlin, Barbara Kisseler, teilnahmen.

Gegenstand des Gesprächs waren neben der wirtschaftlichen Lage und einzelnen Projekten beider Städte insbesondere die Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation zwischen Hamburg und Berlin. Chancen für Synergien zum beiderseitigem Nutzen bieten sich z.B. im Bereich der Kultur oder des Tourismus, in dem beide Städte von den günstigen Verkehrsverbindungen und einer Verknüpfung der Besucherströme profitieren können.

Geprüft werden soll auch der Ausbau der „Wasserstoffregion Berlin-Hamburg“. Dabei geht es u.a. um mit Wasserstoff angetriebene Busse. Unter Beteiligung der BVG und der Hamburger Hochbahn sowie führender Technologie-, Energie- und Automobilunternehmen sollen die relevanten Technologien zur Alltagstauglichkeit bzw. zur Markt- und Serienreife und für die notwendige Infrastruktur entwickelt werden.

Der Chef der Senatskanzlei Hamburg und die Chefin der Senatskanzlei Berlin wurden beauftragt, diese Themen weiterzuverfolgen.

Rückfragen:
Staatssekretär Dr. Richard Meng
Chef des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin
Tel.: 030/9026 3200
E-Mail: sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Christof Otto
Sprecher des Senats
Tel.: 040 / 428 31 22 43
E-Mail: Christof.Otto@sk.hamburg.de

Pressestelle des Senats

02. März 2009/pa02

Tarifabschluss wird auch für Beamtinnen und Beamte übernommen

Der am Wochenende zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder und ver.di, GEW, GdP und dbb tarifunion erzielte Tarifabschluss für den Arbeitnehmerbereich, der eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2010 hat, soll auch für den Beamtenbereich übernommen werden.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: „ Nach mehreren und nicht einfachen Verhandlungen haben sich die Tarifpartner auf einen Tarifabschluss geeinigt, der in schwierigen finanziellen Zeiten einen noch tragbaren Kompromiss darstellt.

Wir haben uns während dieser Verhandlungen stets für einen vernünftigen Kompromiss eingesetzt der deutlich macht, dass wir die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der hamburgischen Verwaltung, unabhängig von den aktuellen Rahmenbedingungen, sehr wertschätzen. Zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehören auch Beamtinnen und Beamte. Auch wenn für sie in Potsdam nicht mitverhandelt worden ist, sondern für die Übertragung ein entsprechendes Landesgesetz notwendig ist, soll dieser Tarifabschluss auch für sie 1:1 übernommen werden. Ich habe dazu den Auftrag an das Personalamt erteilt, dem Senat zügig den Entwurf eines Besoldungsanpassungsgesetzes vorzulegen. Nach der Entscheidung des Senats wird sich dann die Hamburgische Bürgerschaft damit befassen und endgültig zu entscheiden haben.“

Danach gilt auch für die Beamtinnen und Beamten:

- a. Einmalzahlung: 40 € für Januar + Februar 2009, Teilzeitkräfte anteilig
- b. Sockelbetrag: 40 € ab 1. März 2009
- c. Linear: 3% ab März 2009 (auf Tabelle einschließl. Sockel aus b.)
Weitere 1,2% ab März 2010
- d. Anwärterinnen und Anwärter: Erhöhung der Bezüge ab 1. März 2009 um 60 € und ab 1. März 2010 um 1,2% erhöht

Rückfragen:

Dr. Volker Bonorden

Leiter des Personalamtes

Tel.: 040 / 428 31 – 1505 / 1506

Fax: 040/428 31 - 2420

E-Mail: Volker.Bonorden@personalamt.hamburg.de

6. März 2009/bksm06

Wichtige Vorhaben für Kultur, Sport und Medien gesichert

Positives Ergebnis für BKSM nach Verabschiedung des Doppelhaushalts 2009 / 2010

Die Bürgerschaft hat gestern am späten Abend dem im vergangenen September vom Senat beschlossenen Doppelhaushalt 2009 / 2010 zugestimmt. Für die Behörde für Kultur, Sport und Medien ergeben sich im Haushalt folgende besondere Veränderungen:

Die Privattheaterszene wird nachdrücklich gestärkt

Im Rahmen des Betriebshaushalts werden die Privattheater eine Anhebung der Zuwendungen um 2 Mio. Euro ab der Spielzeit 2009 / 2010 erhalten. Damit kann der im Gutachten zur Evaluation der Privattheater aus dem Juni 2008 genannte Betrag im wesentlichen ausfinanziert, die Empfehlungen der Expertise können umgesetzt werden.

Die Film- und Medienwirtschaft erhält verbesserte Rahmenbedingungen

Die Filmförderung wird um 2 Mio. Euro jährlich deutlich aufgestockt, bereits 2008 waren zusätzlich 1 Mio. Euro abrufbar. Wie in der Koalitionsvereinbarung zugesagt, werden für das Hamburger Dokumentarfilmfestival erstmalig und für die Lesbisch Schwulen Filmtage Hamburg zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 45 Tausend Euro pro Haushaltsjahr bereitgestellt. Basierend auf den Aussagen der Koalitionsvereinbarung werden Mittel für die Kreativwirtschaft und die Kreativagentur in Höhe von 1 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Hamburg profiliert sich als Musikmetropole

Im Sinne der Aussage aus der Koalitionsvereinbarung, dass „Musik in die Stadt gebracht werden soll: z.B. durch einen Tag der Musik, ein Straßenmusikfestival, Stipendien und Unterstützer für eine/n ‚Composer in Residence‘“, stehen ab 2009 zusätzliche 100 Tausend Euro zur Verfügung. Mit dem Doppelhaushalt erhalten die Hamburger Symphoniker ab 2009 eine Erhöhung ihres Etats um 1 Mio. Euro, ab 2010 um weitere 500 Tausend Euro. Auch dank der konstruktiven Unterstützung aus dem parlamentarischen Bereich können damit die von der Intendanz bereits seit längerem geforderten Entwicklungsperspektiven ermöglicht werden. Die Clubförderung, mit RockCity Hamburg e.V. als koordinierender Einrichtung, wird mit einem Mehrbetrag von 200 Tausend Euro ab 2009 deutlich aufgestockt.

Der Museumsreformprozess wird fortgeführt

Die bereits für 2008 beschlossene Erhöhung des Ansatzes für die Hamburger **Museen** um 2,1 Mio. Euro wird im Rahmen des Museumsentwicklungsplans mit dem neuen Haushalt in gleicher Höhe fortgeschrieben.

Ausbau der Stadtteilkultur

Für die Stadtteilkultur werden in den kommenden beiden Haushaltsjahren zusätzliche Mittel in Höhe von jeweils 900 Tausend Euro bereitgestellt.

Wichtige Baumaßnahmen können umgesetzt werden

Im Rahmen des Investitionshaushaltes werden die Bücherhallen Hamburg dank zusätzlicher Mittel in Höhe von insgesamt 3 Mio. Euro am jetzigen Standort Hühnerposten dauerhaft ausgebaut. Für die Geschichtswerkstätten wird die Freie und Hansestadt Hamburg 1 Mio. Euro zur einmaligen Aufstockung des Stiftungskapitals der im Januar 2007 gegründeten Stiftung Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive bereitstellen. Das House of Design wird – wie ebenfalls schon in der Koalitionsvereinbarung benannt – als Vorhaben umgesetzt. Dafür stehen im Doppelhaushalt insgesamt rund 930 Tausend Euro zur Verfügung. Die Clubszene wird einmalig mit 376 Tausend Euro für bauliche Investitionen unterstützt.

Stärkung der Sportstadt Hamburg

Mit dem neuen Doppelhaushalt wird der Sport massiv gestärkt. Besonders der Breitensport profitiert von den Erhöhungen: Für die Sanierungsoffensive der Hamburger Sportstätten sind 2009 4,3 Mio. und 2010 3,8 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt. Darüber hinaus stehen jährlich zusätzliche 100 Tsd. Euro für Sportangebote zur Integration und zum Ausgleich sozialer Benachteiligung, 400 Tsd. Euro für klimafreundliche Instandsetzung vereinseigener Sportanlagen, 350 Tsd. Euro für den Leistungssport in den Vereinen und Verbänden und 100 Tsd. Euro für das Sportinternat am Olympiastützpunkt bereit. Damit lassen sich wichtige Vorhaben umsetzen, so dass der Sport seinen wertvollen Beitrag zu Gesundheitsförderung, Integration, zum sozialen Zusammenhalt und zur Lebensqualität in Hamburg erfüllen kann.

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck zum Haushaltbeschluss: „Ich bin ausgesprochen froh, dass die Behörde für Kultur, Sport und Medien im Doppelhaushalt 2009 / 10 im jetzigen Umfang berücksichtigt worden ist. Ich freue mich, dass keine Kürzungen notwendig waren und wir nun sogar mit zusätzlichen Mittel planen können.“

Für Rückfragen:

Susanne Frischling, Ilka von Bodungen, Kai-Uwe Inselmann
Pressesprecher der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207, susanne.frischling@bksm.hamburg.de
040 – 428 24 293, ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de
040 – 428 24 214, kai-uwe.inselmann@bksm.hamburg.de

4. März 2009/bsg04

Hier wird Familienfreundlichkeit groß geschrieben

22 weitere Unternehmen sind mit dem Familiensiegel ausgezeichnet worden

Die Hamburger Allianz für Familien, eine gemeinsame Initiative des Senats, der Handelskammer und der Handwerkskammer, hat heute weitere 22 Unternehmen mit dem Hamburger Familiensiegel ausgezeichnet. Mit dem Siegel werden kleine und mittlere Unternehmen zertifiziert, die sich für eine familienfreundliche Arbeitswelt engagieren und so ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Seit Frühjahr 2007 wurden damit nunmehr 77 Unternehmen mit dem Hamburger Familiensiegel ausgezeichnet. „Ich freue mich, dass immer mehr Unternehmen sich nicht nur für eine familienfreundliche Arbeitswelt engagieren, sondern dieses Engagement mit dem Familiensiegel auch nach außen sichtbar machen. Das zeigt: Familienfreundlichkeit wird immer mehr zu einer betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit und hat Vorbildcharakter“, sagt Hamburgs Familiensenator Dietrich Wersich.



In einer feierlichen Verleihung in den Räumen des ausgezeichneten Unternehmens Heinkel Engineering GmbH & Co. KG wurden die Urkunden durch die Spitzenakteure der Hamburger Allianz für Familien, Familiensenator Dietrich Wersich, den Vizepräsidenten der Handelskammer, Dr. Karl-Joachim Dreyer, sowie durch den Präsidenten der Handwerkskammer, Peter Becker, offiziell überreicht.

Ausgezeichnet wurden folgende Unternehmen:

- ADM Silo Rothensee GmbH & Co. KG;
- agilo gGmbH;
- atrias personalmanagement gmbh;
- BürgerschaftsGemeinschaft Hamburg GmbH;

- Die BOJE GmbH Suchtberatung und Behandlung;
- Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG;
- FUS.ion Germany GmbH;
- mittendrin! gGmbH;
- crosscom GmbH;
- H+H Versicherungskontor Hamburg Gesellschaft zur Vermittlung und Betreuung von Versicherungen und Finanzen mbH;
- Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V.;
- Handwerkskammer Hamburg;
- HANSA Baugenossenschaft eG;
- Heinkel Engineering GmbH & Co. KG;
- HELM AG;
- Karl Frenz GmbH;
- Nordelbisches Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst (NMZ);
- Pestalozzi-Stiftung Hamburg;
- pollmer siemers GmbH;
- Quadriga gGmbH;
- THOMAS BECKER Atelier für Schmuck in seiner Vollendung;
- Zentrum für Personaldienste Landesbetrieb.

„Gerade in den Betrieben des Handwerks ist Familienfreundlichkeit ein wichtiges und gelebtes Thema. Ich bin mir sicher, dass die Auszeichnung der Kammer mit dem Familiensiegel beispielgebend wirken wird und dass zu den bislang zehn Familiensiegelträgern im Hamburger Handwerk noch viele weitere hinzukommen“, sagte Peter Becker, Präsident der Handwerkskammer Hamburg. „Wir nehmen das Familiensiegel als Bestätigung für unsere familienfreundliche Personalpolitik. Für uns ist es wichtig, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren können“, ergänzte Frank Glücklich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, der die Auszeichnung aus den Händen des Senators entgegennahm.

Dr. Karl-Joachim Dreyer, Vizepräsident der Handelskammer, betonte: „Gut ausgebildete, motivierte und zufriedene Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital der Unternehmen. Für die Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeiter ist Familienfreundlichkeit ein entscheidender Faktor. Unternehmen, die ihren Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, investieren daher nachweisbar in ihren Erfolg und ihre Wettbewerbsfähigkeit.“

Im Anschluss an die Auszeichnungen präsentierte Senator Wersich eine Infomappe für alle Unternehmen, die bislang mit dem Hamburger Familiensiegel ausgezeichnet wurden. In ihr wurden die unterschiedlichen Aktivitäten und Angebote der zertifizierten Unternehmen zusammengestellt, um die guten Instrumente und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekannt zu machen und Interessierten neue Anregungen für familienfreundliche Konzepte zu geben. Die Mappe ist als Loseblattsammlung konzipiert und kann um weitere Porträts ergänzt werden. Sie wird in Kürze auch im Internet unter www.hamburg.de/familiensiegel veröffentlicht.

Kleine und mittlere Unternehmen, die sich ebenfalls für das Familiensiegel bewerben möchten, können sich bei der Geschäftsstelle der Hamburger Allianz für Familien melden: Tel.: 428 63 24 50, E-Mail: familiensiegel@hamburg.de. Informationen über das Verfahren und die Kriterien für Unternehmen finden sich auf der Webseite www.hamburg.de/familiensiegel

Die ‚Hamburger Allianz für Familien‘ ist eine gemeinsame Initiative des Senats und der Handelskammer Hamburg, der sich auch die Handwerkskammer Hamburg angeschlossen hat. Ziel der ‚Hamburger Allianz für Familien‘ ist es, die Kräfte zu bündeln und Hamburg zu einer für Familien noch attraktiveren Stadt weiter zu entwickeln. Hamburg soll eine Metropole sein, deren Bürgerinnen und Bürger den Wert und die Bedeutung von Familie anerkennen und in der ein familienfreundliches Klima herrscht. Die Allianz für Familien betreibt zu diesem Zwecke gemeinsame Projekte, die die Stadt noch familien- und kinderfreundlicher werden lassen. Ein Haupthandlungsfeld ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 428 63-28 89,

Fax: 428 63-3849

E-Mail:

pressestelle@bsg.hamburg.de

Handelskammer
Hamburg

Dr. Jörn Arfs

Tel.: 36138-301,

Fax: 36138-460

E-Mail:

joern.arfs@hk24.de

Handwerkskammer
Hamburg

Heinz Oberlach

Tel.: 040 35905-227,

Fax: 040 35905-309

E-Mail:

hoberlach@hwk-hamburg.de

5. März 2009/bsg05

Prostitution: Gegen Stigmatisierung und für Ausstiegshilfen

Runder Tisch von Behörden, Bezirken und Fachleuten startet

Um über Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation und Akzeptanz von Prostituierten, aber auch über bessere Ausstiegsmöglichkeiten zu beraten, konstituiert sich heute der Runde Tisch zur Prostitution. Er setzt sich u.a. zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Hamburger Behörden und Bezirke wie auch aus Mitgliedern des Hamburger Ratschlags Prostitution. Im Vordergrund stehen fachliche Diskussionen zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in Hamburg. Damit wird ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

„Prostitution hat viele Facetten“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Einerseits geht es darum, Stigmatisierung und pauschalen Urteilen entgegenzutreten, die nicht selten Illegalität und Kriminalität fördern. Andererseits glauben manche jungen Frauen in der Prostitution eine Möglichkeit zum einfachen Verdienst zu finden und geraten stattdessen in tiefe Abhängigkeitsverhältnisse. Hier gilt es, durch gezielte Beratung Möglichkeiten zum Ausstieg aufzuzeigen. Zudem gibt es durch das Prostitutionsgesetz eine rechtliche Grundlage, auch in Streitfällen zum eigenen Recht zu kommen.“

Das 2002 in Kraft getretene Prostitutionsgesetz regelt die Prostitution bundesweit als eine legale Dienstleistung und will die rechtliche und soziale Situation freiwillig tätiger Prostituierter verbessern. Dank dieses Gesetzes können sich Frauen unter der Berufsbezeichnung „Prostituierte“ kranken- und rentenversichern und haben die Möglichkeit, ausstehende Löhne einzuklagen. Die bestehenden Regelungen sollen nun in einer fachlichen Diskussion daraufhin überprüft werden, inwieweit sich die Situation der Prostituierten verbessern lässt und ob die Regelungen in der Stadt eine breite Akzeptanz finden. Der Runde Tisch wird sich u. a. mit den Themen „steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Regelungen“, „Arbeitsplatz Prostitution“ sowie „Ausstiegs- und Qualifizierungsangebote“ beschäftigen.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

2. März 2009/bsb2

Migranten für den Lehrerberuf begeistert

32 Hamburger Schüler gewannen praktische Einblicke

Vom 27. Februar bis 2. März 2009 kamen in Hamburg-Blankenese 32 Schüler zum diesjährigen Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“ zusammen. Das Ziel des Studienorientierungsangebot: Junge Migrantinnen und Migranten sollen für ein Pädagogikstudium interessiert und gewonnen werden. Dazu wurden den 25 Mädchen und 7 Jungen verschiedene Vorträge und Workshops mit erfahrenen Pädagogen geboten. Zudem erlebten die Schülerinnen und Schüler einen Tag lang das Unterrichtsgeschehen an der Grundschule Rellinger Straße, dem Gymnasium Eppendorf und der Produktionsschule Altona. Die Familien der meisten Teilnehmer stammen aus der Türkei, aus Afghanistan und Ghana. Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Schulsenatorin Christa Goetsch hatte die Veranstaltung zum Auftakt am 27. Februar eröffnet.

Goetsch: „Ich danke der ZEIT-Stiftung sehr für ihr Engagement bei der Entwicklung und Umsetzung des Projekts Schülercampus. Kinder und Jugendliche aus Zuwanderfamilien brauchen Lehrkräfte mit interkulturellen Kompetenzen. Der Vorteil: Sie sprechen mehrere Sprachen, kennen sich in unterschiedlichen Kulturen aus und sind Integrationsvorbilder. Sie leben vor, was es heißt, die eigenen besonderen Talente zu nutzen und erfolgreich zu sein. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir mehr Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte gewinnen.“

Markus Baumanns, Vorstandsmitglied der ZEIT-Stiftung, zur Idee von „Mehr Migranten werden Lehrer“: „Fast jeder dritte Schüler in Deutschland – in Hamburg sogar mittlerweile jeder zweite – hat einen ausländischen Hintergrund. Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte sind dagegen eher eine Ausnahme – deutschlandweit sind es nur 2 Prozent. Viel zu selten entscheiden sich Abiturienten aus Zuwanderfamilien für den Lehrerberuf – unter den Lehramtsstudierenden sind sie mit 6 Prozent vertreten. Das wollen wir ändern. Migranten sollten in diesem Beruf selbstverständlich werden – dazu motiviert unser Schülercampus, er begeistert für den Lehrerberuf.“

Der Schülercampus ist ein Projekt der ZEIT-Stiftung in Kooperation mit dem Hamburger Zentrum für Lehrerbildung und dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung. 2009 findet er zum zweiten Mal statt. Parallel zur Hamburger Veranstaltung wird der

Schülercampus in Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung auch in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf) angeboten.

Rückfragen

Kirsten Drees
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ZEIT-Stiftung
Telefon: 040 413368 72
E-Mail: drees@zeit-stiftung.de

Jan Bruns
stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg
T: (040) 428 63 - 3634
F: (040) 427 971 - 434
E: jan.bruns@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:
www.hamburg.de/schulreform

5. März 2009/bsb05

Mehr Praxis in der Lehrerbildung

70 Wissenschaftler trafen sich in Hamburg

Vom 2. bis 3. März fand in Hamburg das Bundestreffen der Zentren für Lehrerbildung statt. Ziel der Veranstaltung: Der Lehrerausbildung soll in den Hochschulen mehr Gewicht erhalten und die Qualität der Ausbildung erhöht werden. An fast allen deutschen Universitäten sind inzwischen solche Zentren eingerichtet, die zum Beispiel eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Universität und Schulseite befördern. In Hamburg ist diese „Verzahnung“ deutschlandweit am weitesten gediehen.

„Die Universität und die anderen Hochschulen, an denen Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden, arbeiten mit der Schulbehörde und den Seminarleitungen für das Referendariat direkt zusammen“, sagt Oberschulrat Aart Pabst vom Hamburger Zentrum für Lehrerbildung (ZLH). „Eine qualitätsvolle Ausbildung, kann nur aus der Integration von Theorie und Praxis entstehen. Gute Lehrer erkennt man im Unterricht – gute Lehrerausbildung erkennt man daran, wie sie auf die schulische Berufspraxis vorbereitet.“

Die Reform der Lehrerausbildung, insbesondere die bessere Verzahnung der beiden Ausbildungsphasen „Studium“ und „Referendariat“ ist in den letzten Jahren in allen Bundesländern ein Thema in der Lehrerausbildung geworden. Obwohl die Lehrerbildung Sache der Bundesländer ist und dadurch eine Vielfalt an Ausbildungskonzepten bestehen, ähneln sich die grundlegenden Probleme und Anliegen stark. Eine Konsequenz ist, dass die schulischen Praktika im Studium in Hamburg zukünftig gemeinsam von Lehrenden der Universität und des Referendariats sowie Mentoren in den Schulen durchgeführt werden.

Das ZLH ist eine gemeinsame Einrichtung der Universität Hamburg und des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI). Es wurde im Juni 2006 eröffnet.

Rückfragen

Jan Bruns

stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3634

F: (040) 427 971 - 434

E: jan.bruns@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive: www.hamburg.de/schulreform

05.03.2009/bwf05

Hamburger Logistikpreis für zwei Absolventinnen der Uni Hamburg

Wissenschaftsstaatsrat Bernd Reinert würdigt beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis

Im Rahmen des 18. Hamburger Logistik-Kolloquiums wurde heute der „Logistikpreis der Metropolregion Hamburg“ für ausgezeichnete Diplomarbeiten auf dem Fachgebiet Logistik vergeben. Den 1. Preis erhielt Dipl.-Kauffrau Gina Kabirzadah für ihre Diplomarbeit zum Thema „Bewertung der Effizienz einer Multi-Carrier E-Commerce Plattform in der Seetransportlogistik am Beispiel der Schifffahrtsgruppe Hamburg Süd“. Der 2. Preis ging an Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin Bettina Andresen. Sie widmete sich in ihrer Arbeit den „Methoden der Lagerbestandssteuerung zur effizienten Abwicklung von Kundenaufträgen“.

Hamburgs Wissenschaftsstaatsrat Bernd Reinert überreichte zusammen mit **Prof. Dr.-Ing. Günther Pawellek**, wissenschaftlicher Leiter des Logistik-Kolloquiums und Leiter des Institutes für Technische Logistik an der TU Hamburg-Harburg, die Urkunden an die beiden glücklichen Gewinnerinnen.

Staatsrat Reinert zeigte sich erfreut über die hohe Qualität der eingereichten Beiträge: „Die beiden Preisträgerinnen zeigen mit ihren Arbeiten, welcher Mehrwert sich bei der intensiven Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis generieren lässt. Ich gratuliere beiden Absolventinnen sehr herzlich! Gerade mit der Entwicklung zu einer Informations- und Wissensgesellschaft sind hervorragend ausgebildete Menschen sowie die Entwicklung und der Einsatz moderner Technologien und Methoden unabdingbar. Dabei werden die maritimen Logistikketten besonders im Fokus stehen und entscheidenden Einfluss auf die deutsche Wettbewerbsfähigkeit haben. Hamburg ist mit aktuellen und zukünftigen Projekten im norddeutschen Raum gut aufgestellt. Mit der Vergabe des Hamburger Logistikpreises fördern wir die Gewinnung von Talenten – eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Entwicklung zukunftsorientierter Technologien.“

Beide Preisträgerinnen haben an der Universität Hamburg studiert. Frau Kabirzadah untersuchte im Rahmen ihrer Diplomarbeit, wie die Effizienz einer standardisierten Plattform,

die den Kunden Zugriff auf gleichartige Produkte und Dienstleistungen mehrerer Anbieter verschafft, in der Seetransportlogistik aus Sicht der Reedereien bewertet werden kann. Frau Andresen entwickelte in ihrer Arbeit ein Modell, das eine kostenoptimale Steuerung der Lagerbestände ermöglicht, wobei Rahmenbedingungen wie eine zeitnahe Belieferung des Kunden oder Kapazitätsgrenzen einzuhalten waren. Frau Kabirzadah ist seit ihrem erfolgreichen Studienabschluss für das Fondshaus Hamburg im Bereich Controlling von Schiffsfonds tätig, Frau Andresen arbeitet seit Oktober 2008 als Junior-Controllerin bei der OTTO GmbH & Co KG, Hamburg.

Sponsoren des mit insgesamt 2.500 Euro dotierten diesjährigen Logistikpreises sind die Axel Springer AG und die UPM Kymmene Sales GmbH. Auf den 1. Preis entfällt 1.500 Euro Preisgeld, auf den 2. Platz 1.000 Euro.

Im Vordergrund des eintägigen Logistik-Kolloquiums unter dem Motto „Innovationen beschleunigen durch Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft“ standen innovative Projektergebnisse in der Logistik. Bereits in der Produktentwicklung wird der logistische Aufwand in der Herstellung sowie im Transport entscheidend beeinflusst. Eine engere Verzahnung des internen Innovationsmanagements mit der angewandten Forschung und Entwicklung im Fachgebiet Logistik ist daher eine erfolgversprechende Strategie.

Veranstalter des 18. Hamburger Logistik-Kolloquiums ist die Forschungsgemeinschaft für Logistik e.V. (FGL), Hamburg. Die FGL ist ein Netzwerk für anwendungsorientierte Gemeinschaftsforschung, für den Aufbau von Methodenwissen und zum Erfahrungsaustausch über innovative Lösungen und Praxisprojekte. Weitere Informationen zum Kolloquium gibt es auf der Homepage der FGL unter: <http://www.kolloquium.fglnet.de>

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

FGL Forschungsgemeinschaft für Logistik e.V., Inga May,
Tel.: 040 79012270, E-Mail: i.may@fglhamburg.de

03. März 2009/bsu03

Senat unterrichtet über Sachstand zum A 7-Deckel

Verfahren wird in Verantwortung des Senates fortgeführt

Der Senat hat heute in einer Mitteilung an die Bürgerschaft den Planungsstand zum Bau des A 7 Deckels dargelegt und Schritte zum weiteren Vorgehen beschlossen. Im Zuge des Ausbaus der Autobahn plant der Bund eine Überdeckung der A 7 auf einer Länge von rund 1.700 Metern. Der Senat möchte weitere 1.800 Meter überdecken.

Nach ersten Schätzungen der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) muss Hamburg für die zusätzlichen Deckelbauwerke rund 167 Millionen Euro zahlen. Diese sollen zum Teil durch die Verwertung von 18 Flächen in Altona und Eimsbüttel und eine bauliche Nutzung der Trabrennbahn Bahrenfeld gegen finanziert werden. Der Senat geht hierbei von Erlösen in Höhe von rund 126 Millionen Euro aus. Die Lücke in Höhe von etwa 41 Millionen Euro wird aus Haushaltsmitteln zu schließen sein.

Auf den Flächen können rund 2.000 Wohneinheiten entstehen. Sie können künftig städtebaulich genutzt werden, weil Kleingärten und Grünflächen, die heute zu einem großen Teil dort liegen, auf die Deckel verlegt werden können. Von den insgesamt 565 zu verlagernden Kleingärten, können 470 auf den Deckeln ersetzt werden; die restlichen 95 werden in Kleingartenanlagen in Altona untergebracht.

„Ich freue mich, dass der Senat grünes Licht gegeben hat, die vorgelegten Planungen voranzutreiben. Damit ist ein weiterer Schritt getan, die durch den Bau der A 7 entstandene Schneise mitten in Hamburg auf rund 3.500 Metern zu schließen und entlang des Deckels für die Anwohner ein Ende des Autobahnlärms zu erreichen. Zudem gibt uns dies die Möglichkeit dringend benötigten Wohnraum zu schaffen“, sagte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk.

Der Senat hat zudem beschlossen, alle mit der Überdeckung zusammenhängenden Planungen und Verfahren in der Verantwortung des Senats durchzuführen. Dies ist nötig, da zwischen dem Planfeststellungsverfahren für den Autobahnausbau und den Bebauungsplanverfahren zur Regelung der Nutzung auf den Deckelbereichen eine enge

Abstimmung erforderlich sein wird. Die weiteren Planungen erfolgen aber in enger Abstimmung mit den betroffenen Bezirken und bezirklichen Gremien.

Damit ist auch die Durchführung eines Bürgerentscheides mit bindender Wirkung für die Bezirksverwaltung nicht mehr möglich. „Uns war wichtig, so früh wie möglich das weitere Verfahren offen zu legen, damit ein möglicher Bürgerentscheid nicht im Nachhinein ins Leere läuft. Die Bedeutung des Projektes für die gesamte Stadt lässt nur eine Durchführung in Verantwortung des Senates zu“, sagte Hajduk.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

3. März 2009/bsu03a

Zum ersten Mal - Gänsetage auf Neuwerk

Tausende Ringelgänse erholen sich auf ihrer Nordtour im Wattenmeer

Jedes Jahr ist es ein beeindruckendes Schauspiel, wenn tausende Gänse im Wattenmeer einfallen! Auf ihrer Frühjahrsreise aus den südlichen Gefilden in ihre Brutgebiete nach Sibirien legen sie auch auf der Insel Neuwerk im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer eine Verschnaufpause ein. Sie nutzen das Wattenmeer, um ihre Energiereserven für den langen Weiterflug wieder aufzutanken.

Dieses Naturschauspiel ist eine Reise wert! Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt lädt dazu ein, die Rast der Gänse im Frühjahr auf Neuwerk zu erleben. Von Anfang April bis Ende Mai begleiten Mitarbeiter der Nationalpark-Verwaltung und des Vereins Jordsand erstmals die Gäste – fachlich geführt und unterhaltsam. Auch Kinder sind willkommen.

Auf den Neuwerker Grünflächen rasten Ringelgänse und Nonnengänse. Im vergangenen Frühjahr wurden mehr als 5.500 Ringelgänse und bis zu 1.000 Nonnengänse gezählt. Mit etwas Glück entdeckt man sogar die hier seltene, besonders schöne Rothalsgans vereinzelt im Trupp der Nonnengänse.

Auf den Salzwiesen im Vorland und direkt vom Mittelweg der Insel Neuwerk können die Gänse auf den Wiesen des Innengrodens sogar ohne Fernglas problemlos beobachtet werden. Wer es ganz genau wissen will, kann sich beim Schätzen und Zählen der Gänse mit Fernglas und Zähluhr prüfen.

Das Angebot fördert den nachhaltigen Tourismus im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer

Veranstaltungshinweis: Die Neuwerker Gänsetage vom 24.-26. April 2009 und 01.-03. Mai 2009. Die Neuwerker Betriebe bieten in den Monaten April und Mai besondere Pauschalangeboten zu den Gänsetagen an. Informationen hierzu unter www.nationalpark-hamburgisches-wattenmeer.de.

Weitere Informationen und Rückfragen:

• Nationalpark-Haus Neuwerk, 27499 Insel Neuwerk
Tel. 04721/395349, Fax 04721/395866, e-mail np-station@wattenmeer-hamburg.de

- Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Nationalpark-/Biosphärenreservat-Verwaltung Hamburgisches Wattenmeer
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
Tel. 040/42840-, Fax 040/42840-3352, e-mail gabriele.meusel@bsu.hamburg.de
- Björn Marzahn, Pressestelle, 040 - 428 40 - 3063

6. März 2009/bsu06

Klimaschonendes Holzheizkraftwerk eröffnet

Strom und Wärme aus erneuerbarer Energie für Lohbrügge

Umweltsenatorin Anja Hajduk hat heute das neue Holzheizkraftwerk in Hamburg-Lohbrügge eingeweiht. Gemeinsam mit Anton Lutz, dem Vorstand des Eigentümers KWA Contracting AG, dem Geschäftsführer der Favorit Unternehmens-Verwaltungs GmbH, Dr. Herbert Koppenhagen sowie Michael Sachs, dem Vorstandsmitglied der SAGA GWG, eröffnete Anja Hajduk die Anlage. Bei der Eröffnung sagte sie: „Das neue Werk entspricht ganz den Zielen des Senats, den Anteil der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien für den Gebäudebereich in Hamburg zu erhöhen. Darüber freue ich mich sehr. Die Anlage vereint ökologische und finanzielle Aspekte miteinander, nämlich die Verringerung der CO₂-Emission und eine kostensparende Energie für Wärmekunden.“

Anton Lutz von der KWA Contracting AG gratulierte Hamburg in seiner Ansprache zur Auszeichnung der Europäischen Kommission, als erste deutsche Stadt im Jahr 2011 den Titel „Umwelthauptstadt Europas“ führen zu dürfen. Er zeigte sich davon überzeugt, dass es für den in Lohbrügge realisierten kompakten Kraftwerkstyp in Hamburg noch weitere geeignete Standorte gibt, von denen aus Heizenergie in das Fernwärmenetz eingespeist werden kann. Die KWA Contracting AG sei gern bereit, ihr Know-How in entsprechende Überlegungen einzubringen und dazu beizutragen, dass die ambitionierten Klimaschutzziele Hamburgs erreicht werden können.

Dr. Herbert Koppenhagen, Geschäftsführer der Favorit Unternehmens-Verwaltung GmbH, betonte, dass Favorit bereits 2003 erste Überlegungen angestellt hatte, für ihre großen Standort Projekte im Sinne der Umwelt zu entwickeln. Dabei standen die Reduzierung von CO₂-Emissionen bei der Wärmeerzeugung und die Verbesserung des Primärenergiefaktors im Vordergrund. Das Projekt in Lohbrügge wurde gemeinsam mit der KWA Contracting AG erarbeitet, die auch an anderen Standorten erfolgreich mit Favorit zusammen arbeiten. Besonders hervorgehoben wurden von Koppenhagen die Unterstützung des Projektes durch die SAGA GWG sowie die zügige Bearbeitung des Bauantrages durch die zuständige Behörde. Beiden hatten nach der Vorstellung des Projektes Favorit und KWA ermutigt, das Vorhaben zügig in die Tat umzusetzen.

Michael Sachs, Vorstandsmitglied der SAGA GWG sagte: „An der Initiative von Senat und Wohnungswirtschaft zum Klimaschutz – ‚Energiewende‘ - ist SAGA GWG von Anfang an maßgeblich beteiligt und hat durch zahlreiche energetische Gebäudemaßnahmen den Heizenergie-Verbrauch um 38 Prozent und die CO₂-Emissionen um 37 Prozent gesenkt. Das Holzheizkraftwerk ist ein weiterer Baustein für den Klimaschutz.“

Die Firma Favorit als Abnehmer der erzeugten Wärme spart durch den Bezug der Wärme aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz den fossilen Rohstoff Gas ein. Der eingesetzte Holzkessel hat eine Feuerungswärmeleistung von 12 Megawatt. Aus natur belassenen Holzhackschnitzeln aus der Region werden jährlich 60 Millionen Kilowattstunden Wärme und 13 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt. Damit werden künftig mehr als 8.000 Haushalte u.a. der SAGA GWG im Stadtteil Lohbrügge künftig überwiegend aus erneuerbarer Energie mit Wärme versorgt. Durch den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung wird die im Holzbrennstoff enthaltene Energie optimal ausgenutzt. Insgesamt werden auf diese Weise 23.000 Tonnen-Emission pro Jahr eingespart. Das Heizkraftwerk wurde platz sparend auf einem relativ kleinen Grundstück errichtet.

Für Rückfragen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Pressestelle, Björn Marzahn
Tel.: 040 / 42 840 -3063 od. -2058

6. März 2009/bsu06a

Earth Hour – Hamburg löscht eine Stunde das Licht

700 Städte wollen weltweit ein Zeichen für Klimaschutz setzen

Am Samstag, den 28. März 2009 um 20.30 Uhr lokaler Zeit, werden weltweit in mehreren hundert Städten für eine Stunde symbolisch die Lichter ausgeschaltet. Hamburg wird voraussichtlich als einzige deutsche Stadt an der Initiative Earth Hour teilnehmen.

Ziel der vom World Wide Fund for Nature (WWF) initiierten Aktion ist es, im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Kopenhagen für ein weltweites Engagement beim Klimaschutz zu werben. Bislang haben sich mehr als 700 Städte aus 80 Staaten über 18 Zeitzonen hinweg angemeldet.

Bürgermeister Ole von Beust appellierte an die Hamburger, bei der Earth Hour aktiv mitzuwirken: „Lassen Sie uns im Rahmen dieser Aktion ein Zeichen für mehr Klimaschutz setzen und auf eine Beleuchtung gerade auch in den Bereichen, die das Gesicht unserer Stadt prägen, für eine Stunde verzichten. Je mehr Hamburger sich daran beteiligen, desto deutlicher wird die Botschaft.“

Mega-Städte wie Peking, Manila, Mexiko-City, Moskau, Rom und viele andere beteiligen sich am 28. März 2009 an dem Aufruf. In Hong Kong wird das Licht von 300 Hochhäusern für eine Stunde gelöscht. Der Eiffelturm in Paris, die Alhambra in Grenada, der Zuckerhut von Rio de Janeiro... Symbole der jeweiligen Länder werden für eine Stunde dunkel sein. Hamburg wird mit einem seiner berühmtesten Wahrzeichen dabei sein: Rund um die Binnenalster und das Rathaus werden für eine Stunde die meisten Lichter gelöscht.

Die Initiatoren des WWF unterstrichen: „Es ist ein leichter, erster Schritt. Aber genau diese kleine Geste ermöglicht es Städten, Unternehmen und Menschen auf der ganzen Welt, sich daran zu beteiligen und ein sichtbares Zeichen im Kampf gegen die globale Erderwärmung zu setzen.“ Botschafter der Aktion sind unter anderem der Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu, König Carl Gustaf von Schweden und die US-Schauspielerinnen Cate Blanchett. Earth Hour begann vor zwei Jahren mit einer lokalen Aktion im australischen Sydney. Im vergangenen Jahr beteiligten sich bereits Millionen Menschen weltweit.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Pressestelle

Tel.: 040 / 428 40 -3063 od. -2058
bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de

5. März 2009

Orte jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Hamburg

Neuer kostenloser Stadtplan auf Deutsch, Englisch und Hebräisch von Senatorin von Welck vorgestellt

Ein neuer Faltplan der Behörde für Kultur, Sport und Medien führt an 30 Orte jüdischer Geschichte und aktuellen jüdischen Lebens in der Hansestadt. Begeleitet wird die bebilderte Karte von erläuternden Kurztexten auf Deutsch, Englisch und Hebräisch.

Gemeinsam mit Ansgar Wimmer, Vorstandsvorsitzender der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., Sonia Simmenauer, Vorsitzende des Jüdischen Salons am Grindel, Sylvia Necker vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden, sowie Thomas Becker, Vorstandsvorsitzender des Grindel e.V. und Dr. Lothar Dittmer, Geschäftsführender Vorstand der Weichmann Stiftung, stellte Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck heute die neue Publikation bei einem Rundgang durch das Grindelveiertel mit anschließendem Pressegespräch im Café Leonar vor.

Senatorin von Welck: „Mit diesem Stadtplan lässt sich Hamburgs jüdisches Leben von einst und heute neu entdecken. Die Karte führt nicht nur an Orte des Gedenkens und der Geschichte, sondern auch zu jüdischen Cafés, Museen, Kultur-, Gemeinde- und Forschungseinrichtungen. Schon ein einziger Blick auf den Plan macht deutlich: Nicht nur Hamburgs Geschichte ist jüdisch geprägt, sondern auch Hamburgs Gegenwart. Und das ist sehr erfreulich. Mein Dank geht an die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., die Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung und die Handelskammer Hamburg, die dieses Projekt möglich gemacht haben.“

Der Stadtplan „Orte jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Hamburg“ geht hervor aus dem Runden Tisch „Wie geht Hamburg mit seinem jüdischen Erbe um?“, der von Senatorin von Welck im Februar 2008 eingesetzt wurde. Die Karte dokumentiert die über Jahrhunderte gewachsene Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens in Hamburg, das stets eng mit bürgerschaftlicher Verantwortung für das Gemeinwohl verknüpft war, wie zum Beispiel der Errichtung von Krankenhäusern, Denkräumen und Bibliotheken.

Neben dem touristischen Stadtplan wurde auch ein Geoinformationssystem jüdischer Stätten in der Hansestadt vorgestellt: <http://www.igdj-hh.de> (dann im Menü klicken auf „Jüdische Stätten“). Unter derselben Adresse kann ab Mitte März ebenfalls die Studie zu Orten jüdischen Lebens, die diesem Stadtplan vorausgegangen ist, heruntergeladen werden.

Der Stadtplan, der mit einer Startauflage von 5.000 Exemplaren erscheint, ist ab sofort kostenlos im hamburgmuseum und bei der Tourist Information am Hauptbahnhof (Wandelhalle) und am Hafen erhältlich sowie im Internet unter hamburg.de/bksm abrufbar.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

5. März 2009/bksm05a

Einsturz des Stadtarchivs Köln - Kulturgutverlust von europäischer Bedeutung auch für die Hansegeschichte

Erklärung der Archivleiter der Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen

Der Einsturz des Stadtarchivs in Köln ist eine Katastrophe, deren Folgen weit über die Stadt Köln und das Rheinland hinausgehen. Die vom Verlust bedrohten einmaligen Urkunden- und Schriftgutbestände betreffen nicht nur die Stadt Köln, sondern auch den Hanseraum. Das Archiv der einst neben Lübeck führenden Hansestadt Köln verwahrte in seinen Hanseatica zentrale Schriftgutbestände zur Hansegeschichte. Darunter so bedeutende Schriftgutgruppen wie die Unterlagen der Hansekontore von Antwerpen und London, aber auch Unterlagen zur Geschichte anderer Hansestädte. So hat die Freie Hansestadt Bremen erst im vergangenen Jahr das 650jährige Jubiläum ihres Hansebeitritts mit ihrer in Köln im Original überlieferten Beitrittsurkunde von 8. August 1358 gefeiert.

Angesichts der erschütternden Ereignisse in Köln, bei denen noch immer Ungewissheit herrscht, ob auch Menschenleben zu beklagen sind, muss mit Nachdruck daran erinnert werden, dass es sich bei den Kölner Archivalien um Kulturgut von europäischem Rang handelt, das unersetzlich ist und zu dessen Rettung und Erhalt alle Anstrengungen unternommen werden müssen. Der mehrfach angeführte Vergleich mit dem Brand der Anna-Amalia Bibliothek in Weimar ist mindestens angebracht, wobei Archivgut im Gegensatz zu Bibliotheksgut einmalig ist. Sollten die Verluste in Köln so umfangreich sein, wie man befürchten muss, wäre dies der sicher größte Verlust von Kulturgut seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Archivleiter der hanseatischen Schwesterarchive der Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen sehen sich vor diesem Hintergrund verpflichtet, bei den demnächst wohl in großem Umfang anstehenden restauratorischen Maßnahmen den Kölner Kolleginnen und Kollegen

im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe anzubieten. Sie hoffen, damit einen Beitrag zum Erhalt der Kölner Archivschatze leisten zu können.

Dr. Udo Schäfer, Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Jan Lokers, Archiv der Hansestadt Lübeck

Dr. Konrad Elmshäuser, Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen

Für Rückfragen:

Dr. Udo Schäfer

Behörde für Kultur, Sport und Medien, Staatsarchiv,

Kattunbleiche 19, 22041 Hamburg,

Telefon: 040 42831 3101, E-Mail: udo.schaefer@bksm.hamburg.de

05. März 2009/fb05

Senator Dr. Michael Freytag zeichnet Inge Schulz und Wolfgang Müller mit dem Bundesverdienstkreuz aus

Inge Schulz und Wolfgang Müller werden morgen von Senator Dr. Michael Freytag im Rathaus für besonderes ehrenamtliches Engagement in Hamburg mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Senator Dr. Freytag spricht ihnen damit den Dank des Hamburger Senats für ihre Verdienste aus.

Inge Schulz (Jahrgang 1937) hat sich insbesondere innerhalb Harburgs große Verdienste erworben. So hat sie sich stark in der bürgerschaftlichen Beteiligung während des Harburger Sanierungsverfahrens in den 1970er Jahren engagiert. Darüber hinaus ist Frau Schulz bis heute an der künstlerischen und kulturellen Prägung Harburgs beteiligt.

Herrn Wolfgang Müller (Jahrgang 1957) zeichnet neben besonderem Engagement für und innerhalb der Kirchengemeinde St. Petri und Pauli in Bergedorf sein Einsatz für die Jugendmusik aus. Hier hat er sich sowohl für die schulische Musikförderung als auch für den Kulturaustausch in einem europäisch-chinesischen Jugendmusikprojekt stark gemacht. Darüber hinaus ist Herr Müller seit dessen Gründung, die er mit initiiert hat, dem Verein Hospiz in Bergedorf e.V. eng verbunden.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Pressestelle des Senats

3. März 2009/pr03

Wechsel auf der Führungsebene der Behörde für Kultur, Sport und Medien

Bürgermeister Ole von Beust hat heute entschieden Staatsrat Reinhard Stuth, in der Behörde für Kultur, Sport und Medien zuständig für die Bereiche Kultur und Medien, mit Wirkung zum 15. März 2009 in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. In einem persönlichen Gespräch dankte der Bürgermeister Staatsrat Stuth für die jahrelange gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nachfolger als Staatsrat in der Behörde für Kultur, Sport und Medien wird der bisherige Leiter des Planungstabs der Senatskanzlei, Dr. Nikolas Hill (36).

Mit Dr. Hill wird ein ausgewiesener Verwaltungsfachmann zum Staatsrat berufen: Durch die seit Anfang 2006 ausgeübte Querschnittsaufgabe im Planungstab der Senatskanzlei ist er mit allen relevanten Themen der Behörde für Kultur, Sport und Medien bereits im Detail vertraut. Darüber hinaus verfügt er durch seine Promotion und seine Tätigkeit als Referent des früheren Stellvertretenden Intendanten des NDR, Joachim Lampe, über umfangreiche medienrechtliche und medienpolitische Fachkenntnisse.

Zur Konzentrierung der medienpolitischen Aufgaben in der Behörde für Kultur, Sport und Medien ist ferner vorgesehen, dass der Staatsrat der Senatskanzlei, Dr. Volkmar Schön, seinen Sitz in der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidentenkonferenz niederlegt und diese Aufgabe dann von Dr. Nikolas Hill wahrgenommen wird.

Dr. Nikolas Hill ist verheiratet und Vater einer dreijährigen Tochter.

Seine Ernennung zum Staatsrat erfolgt zeitnah.

Rückfragen:
Christof Otto
Pressestelle des Senats
Senatssprecher
Tel.: 040 / 428 31 22 43
Mail: christof.otto@sk.hamburg.de

Anlage: Lebenslauf Dr. Hill

Lebenslauf

Dr. Nikolas Hill

Geboren am 10.03.1972 in Hamburg



Berufliche Stationen

01/2006 - heute	Leiter Planungsstab/Senatsdirektor (Senatskanzlei Hamburg)
12/2004 - 12/2005	Rechtsanwalt
10/2004 - 12/2005	Referent des Stellv. Intendanten des NDR
09/2004	2. Staatsexamen
10/2002 - 08/2004	Fortsetzung Referendariat
10/2001 - 09/2002	Grundsatzreferent des Senators in der Wissenschaftsbehörde
08/2001 - 09/2001	Beginn Referendariat
02/2000 - 01/2001	Universität Hamburg & Chartered Insurance Institute, London Promotion zum Dr. jur. zu u.a. medienrechtlichem Thema
2000 -2001	Graduiertenstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung
04/1995 - 12/1999	Jura-Studium (Universität Hamburg) & 1. Staatsexamen
08/1992 - 01/1995	Auszubildender Allianz Versicherungs AG

Sprachen

Englisch (Fließend), Französisch (Grundkenntnisse), Italienisch (Grundkenntnisse), Arabisch (Grundkenntnisse)

Pressestelle des Senats

Terminkalender

Vom 9. März bis 14. März 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 09.03.2009

- ganztätig** Prag, Abgeordneten-Kammer, Snemovní 1
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann vertritt am **09. und 10.03.2009 den Bundesrat bei der COFACC (Conference of Foreign Affairs Committee Chairpersons).**
- 11:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senator Prof. Dr. Karin von Welck spricht anlässlich des **Senatsempfangs der Kunst und Kulturtage Mümmelmannsberg.**
- 18:00** Prag, Hotel ARIA, ulice Tržiště
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und die **1. Vizeministerin und Staatssekretärin des Tschechischen Bildungsministeriums, Dipl.-Ing. Eva Bartoňová, unterzeichnen ein gemeinsames Bildungsabkommen.**

Dienstag, den 10.03.2009

- 19:00** Freie Akademie der Künste, Klosterwall 23
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich des **80. Geburtstags von Prof. Armin Sandig.**

Mittwoch, den 11.03.2009

- 18:30** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Dr. Till Steffen gibt einen Senatsempfang anlässlich von **M.R.O Nord im Rahmen der länderübergreifenden Initiative „Aus der Region für die Region“.**
- 19:30** Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich eines **Senatsempfangs für die Ehrenamtlichen der öffentlichen Kulturinstitutionen in Hamburg.**

Donnerstag, den 12.03.2009

- 10:00** Berlin, Botschaft der Föderativen Republik Brasilien, Wallstr.57
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **brasilianischen Gesandten Roberto Colin zum Gespräch.**
- 11:00** Bundespolizei Fliegerstaffel, Bocksberg 12, Fuhlendorf
Senator Christoph Ahlhaus nimmt teil am **Jahresempfang der Bundespolizeidirektion.**

12:00 Berlin, Botschaft der Bundesrepublik Nigeria, Neue Jakobstr. 4
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Republik Nigeria, Abdul-Kadir Bin Rimdap, zum Gespräch.**

14:00 Berlin, Büro des Botschafters der Republik Kamerun,
Kurfürstendamm 36
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Republik Kamerun, Jean-Marc Mpay, zum Gespräch.**

18:00 Köln, Radebergfürtel 40, Funkhaus DeutschlandRadio
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt an der **Verabschiedung des Intendanten Prof. Ernst Elitz** teil.

Freitag, den 13.03.2009

17:30 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Dr. Manfred Jäger hält anlässlich des **Senatsempfangs für die European University Sports Association (EUSA)** ein Grußwort

Samstag, den 14.03.2009

11:00 Kultur- und Gewerbespeicher, Kehr wieder 2- 3
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert hält anlässlich des **50-jährigen Jubiläums des Arbeitskreises zentraler Jugendverbände** ein Grußwort.